



WG ICZM

Second Meeting

Wilhelmshaven, 17 January 2007

Agenda Item: 4

Subject: ICZM in German Bundestag

Document Nr. ICZM-2-4-2

Date: 10 January 2007

Submitted by: Secretariat

Attached are two papers documenting the position of the German Bundestag with regard to ICZM.

Proposal: **The meeting is invited to take note of the information and to use it, where appropriate, in the discussion about WSF activities with regard to ICZM strategies**

Auszug aus dem Plenarprotokoll: Rede Ingbert Liebings zur 2. Lesung des Antrages zu IKZM

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 73. Sitzung. Berlin, 14. Dezember 2006

Ingbert Liebing (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren heute zum zweiten Mal in diesem Jahr über das Thema IKZM, über das Integrierte Küstenzonenmanagement. Das ist wahrlich ein Wortungetüm, das erschrecken mag. Aber das Thema ist wichtig. Es ist wichtig, dieses Thema aus der Ecke der Fachexperten herauszuholen und es viel mehr als bisher ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist dringend erforderlich!)

Das Thema ist wichtig, weil es um die Entwicklung unserer Küstenregionen geht. In kaum einer anderen Region prallen unterschiedlichste Nutzungsansprüche so sehr aufeinander wie an unseren Küsten – und das in einem ökologisch besonders wertvollen Gebiet. Deshalb ist es so wichtig, dass gerade hier Strategien entwickelt werden, um die Küstenregionen als ökologisch intakten und wirtschaftlich erfolgreichen Lebensraum für die hier lebenden Menschen dauerhaft zu erhalten und nachhaltig zu entwickeln. Das ist die Aufgabe des IKZM.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht um Interessenausgleich und um Konfliktvermeidung. Da geht es um ökologische und ökonomische Belange, um Küstenschutz, um Naturschutz, um Tourismus, um Schifffahrt, um Energiegewinnung, um Hafenwirtschaft, Landwirtschaft oder Fischerei. Es geht um vernünftige Verkehrsverbindungen für die im Regelfall nicht gerade zentral gelegenen Küstenregionen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Immer wieder geht es dabei darum, diesen Interessenausgleich zu organisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das kann man nicht mit viel Theorie machen. Entscheidend ist die Praxis in den Küstenregionen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig, auch in Ostfriesland!)

Integriertes Küstenzonenmanagement muss mit Leben gefüllt werden. Dafür ist es allemal sinnvoll, vorhandene Strukturen zu nutzen. Wir fangen ja nicht erst bei null an.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Nein, das stimmt! Die Deiche sind schon errichtet!)

Ich selbst habe einmal als Vorsitzender der Euregio „Die Watten“, eines Zusammenschlusses aller Gemeinden und Städte auf den Inseln und Halligen im Wattenmeer von Holland bis Dänemark, im Wattenmeerforum mitarbeiten dürfen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Da hätten Sie einmal einen Vor-Ort-Termin machen können!)

Hier treffen sich bereits seit vielen Jahren Entscheidungsträger verschiedener staatlicher und regionaler Ebenen mit nicht staatlichen Interessenorganisationen von Holland bis Dänemark und arbeiten gemeinsam an einer nachhaltigen Entwicklung der Wattenmeerregion. Sie haben eine gemeinsame Strategie für eine nachhaltige Entwicklung der Region erarbeitet. Das ist ein Beispiel für praktiziertes integriertes Küstenzonenmanagement. Solche Potenziale müssen auch in Zukunft genutzt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Auch im Inland!)

Die Bundesregierung hat im März der EU die nationale IKZM-Strategie vorgelegt. Gern möchte ich bei dieser Gelegenheit den beteiligten Ministerien und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der CDU/CSU-Fraktion für die geleistete Arbeit aussprechen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Auch von der FDP!)

Wir haben einen schönen Bericht und eine ambitionierte Strategie vorliegen. Aber es muss jetzt auch weitergehen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist dringend erforderlich!)

Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, eine nationale Koordinierungsstelle für Integriertes Küstenzonenmanagement einzurichten.

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Dabei ist es wichtig, dass sie auch mit Praktikern besetzt wird. Zentraler Punkt des IKZM ist eine frühzeitige Konflikterkennung und -lösung. Dafür ist ein umfassendes Verständnis für die wechselseitigen Verflechtungen maritimer Wirtschaft, mariner Ökologie sowie der Wechselwirkungen in den Küstenregionen wichtig. Geht man dies nur mit einem fachspezifischen Tunnelblick an, landet man zwangsläufig in der Sackgasse.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Viel zu eng!)

– Genau, das ist viel zu eng, Herr Kollege Thiele. Damit das nicht passiert, brauchen die Regionen umsichtige „Kümmerer“, die den Überblick bewahren und sich auf höherer Ebene koordinieren. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung der staatlichen Ebene; denn viele Rahmenbedingungen werden eben nicht in der Region selber, sondern von anderen außerhalb bestimmt. Beim integrativen Ansatz von IKZM spielt auch der Wirtschaftsraum Küste eine zentrale Rolle.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist richtig!)

IKZM darf eben nicht, wie manchmal falsch verstanden oder befürchtet, als rein ökologisches Planungsinstrument betrachtet werden. Es geht um eine ausgewogene Regionalentwicklung – Küstenregionen sind auch Regionen, in denen Menschen leben und arbeiten – und es geht um eine ökonomisch erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung,

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Ökologie?)

die einen Beitrag zur Lissabonstrategie der EU leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Carl- Ludwig Thiele [FDP]: Jade-Weser-Port!)

Integrativer Ansatz von IKZM bedeutet, dass wir benachbarte Politikbereiche einbeziehen. Das gilt insbesondere für die Verzahnung zwischen Küstenthemen und Meerespolitik. Maritime Themen erfahren zurzeit eine völlig neue Aufmerksamkeit. Wir diskutieren über das EU-Grünbuch zur integrativen Meerespolitik, wir diskutieren über die EU-Meeresschutzstrategie, die in wenigen Tagen beim EU-Ministerrat zur politischen Einigung ansteht. Es geht auch um die Zielsetzung, ein weltweites Netz von Meeresschutzgebieten auszuweisen. Ich nenne auch die boomende maritime Wirtschaft. Die Meeresforschung beschäftigt sich mit der Gewinnung von Energieressourcen aus dem Meer und neue marine Wirkstoffe unterstützen den medizinischen Fortschritt. Es geht um die Sicherung von Nahrungsquellen aus dem Meer, gerade für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Es geht auch um die Wechselwirkungen zwischen den Meeren und dem Weltklima. Die Meere nehmen mehr als die Hälfte des weltweiten CO₂-Ausstoßes auf und tragen damit eine wesentliche Last der globalen Klimaveränderung.

Alle diese Themen finden direkt vor unseren Küsten statt und beeinflussen unsere Küstenregionen. Der Klimawandel ist längst angekommen. Das Ausmaß von Katastrophen und Extremsituationen, die in den letzten Jahren weltweit über Küstenregionen und deren Bevölkerung hereingebrochen sind, häufen sich auffällig. Wir haben bis jetzt Glück gehabt, dass die deutschen Küsten hiervon weitgehend weniger betroffen waren. Aber gerade in den Küstenregionen geht es jetzt auch um Anpassungsstrategien und nicht um die Vermeidung des Unvermeidlichen.

All diese Themen waren auch Gegenstand der 5. Nationalen Maritimen Konferenz in der vergangenen Woche in Hamburg, einer, wie ich finde, ausgesprochen erfolgreichen Veranstaltung, nicht zuletzt auch dank der umsichtigen und kompetenten Leitung durch die neue maritime Koordinatorin der Bundesregierung, Staatssekretärin Dagmar Wöhrle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Küstenstaatssekretärin!)

Wie geht es jetzt weiter? Die Europäische Kommission hat wieder zu Expertengesprächen eingeladen, die im März stattfinden sollen. Wir müssen wachsam sein, dass bei der EU kein neues Bürokratiemonster geschaffen wird. Mir ist wichtig – das sagt auch der Antrag der Koalitionsfraktionen –, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der zukünftigen Weiterentwicklung von Integriertem Küstenzonenmanagement dafür einsetzt, den unbürokratischen Charakter dieser Kooperation beizubehalten. Das ist auch wichtig, um die Menschen an den Küsten mitzunehmen, die IKZM umsetzen und nutzen sollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir gehen davon aus, dass auf dieser Basis eine weitere EU-Richtlinie zu diesem Thema nicht kommt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist gut!)

Die Bundesregierung hat mit der Vorlage der nationalen IKZM-Strategie einen wichtigen ersten Schritt getan. Meine Fraktion begrüßt diesen Strategiebericht ausdrücklich. Jetzt stehen

die Umsetzung und der Prozess einer kontinuierlichen Fortentwicklung an. Dazu wollen wir mit unserem Antrag der Koalitionsfraktionen einen Beitrag leisten. Ich bin sicher, er wird bei den Beteiligten seine Wirkung nicht verfehlen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die Geduld zu dieser späten Stunde.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Reden der Kollegen Dirk Becker, SPD, Angelika Brunkhorst, FDP, Lutz Heilmann, Die Linke, Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen, nehmen wir zu Protokoll.1) Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Drucksache 16/3143 zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD mit dem Titel „Integriertes Küstenzonenmanagement kontinuierlich fortentwickeln“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/2502 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltung der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen angenommen.

Deutscher Bundestag Drucksache 16/2502 16. Wahlperiode 05. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Marie-Luise Dött, Katherina Reiche (Potsdam), Michael Brand, Klaus Brähmig, Dr. Maria Flachsbarth, Josef Göppel, Andreas Jung (Konstanz), Jens Koeppen, Hartmut Koschyk, Katharina Landgraf, Ingbert Liebing, Philipp Mißfelder, Dr. Georg Nüßlein, Ulrich Petzold, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dirk Becker, Marco Bülow, Petra Bierwirth, Gerd Bollmann, Martin Burkert, Hans-Joachim Hacker, Iris Hoffmann (Wismar), Christian Kleiminger, Dirk Manzewski, Dr. Matthias Miersch, Marko Mühlstein, Detlef Müller (Chemnitz), Christoph Pries, Heinz Schmitt (Landau), Olaf Scholz, Frank Schwabe, Dr. Margrit Wetzels, Ulrich Kelber, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Integriertes Küstenzonenmanagement kontinuierlich fortentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Strategien für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) zu erarbeiten. Die Bundesregierung ist dieser Anforderung mit der Beschlussfassung vom 22. März 2006 über den Bericht, der der EU-Kommission übermittelt wird, nachgekommen.

Das nationale Strategiepapier enthält eine Bestandsaufnahme sowie Grundsätze für ein integriertes Management der deutschen Küstengebiete und strategische Zielsetzungen. Demnach will IKZM dazu beitragen, den Küstenbereich als ökologisch intakten und wirtschaftlich prosperierenden Lebensraum für den Menschen zu erhalten und zu entwickeln.

Die nationale Strategie ist unter Einbindung von Akteuren aus den Küstenregionen sowie unter Einbeziehung wissenschaftlicher Pilotprojekte erstellt worden. Damit ist bereits in der Erstellungsphase der nationalen Strategie dem Kerngedanken von IKZM Rechnung getragen worden, möglichst frühzeitig unterschiedliche Interessenlagen in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die Empfehlung der Europäischen Union für ein integriertes Management der Küstengebiete betont die große Bedeutung der Küstenzonen aus ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht und hebt die Bedeutung der Küstenregionen für Erholungszwecke hervor. Gleichzeitig weist die Empfehlung auf die Bedrohungen der Küstenzonen hin, die infolge von Klimaänderungen und ökologischen wie ökonomischen Herausforderungen gegeben sind.

Demnach zielt die Erstellung von IKZM-Strategien nicht auf neue Planungsinstrumente ab, sondern auf die Umsetzung eines ökologisch nachhaltigen, wirtschaftlich ausgewogenen, sozial verträglichen und behutsam auf schutzwürdige Belange achtenden Küstenzonenmanagements, das die Integrität dieser wichtigen Ressource aufrecht erhält und gleichzeitig den traditionellen lokalen Tätigkeiten und Gepflogenheiten, die keine Bedrohung für empfindliche natürliche Lebensräume und den Erhaltungsstand der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten darstellen, Rechnung trägt.

Mit der Empfehlung zur Erstellung von IKZM-Strategien haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union folgende strategische Ziele gesetzt:

- a) den Schutz der Küstenumwelt auf der Grundlage eines Ökosystem-Ansatzes zur Gewährleistung ihrer Integrität und ihres Funktionierens sowie ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen sowohl des Meeres als auch des Landstreifens der Küstengebiete;
- b) die Anerkennung der Gefahren, die den Küstengebieten infolge der Klimaänderungen drohen, sowie der Risiken aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels und der zunehmenden Häufigkeit und Stärke von Stürmen;

- c) die Ausarbeitung angemessener und aus ökologischer Sicht verantwortungsvoller Küstenschutzmaßnahmen, einschließlich des Schutzes von Küstensiedlungen und ihres Kulturerbes;
- d) die Schaffung nachhaltiger günstiger Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungslage;
- e) die Wahrung eines funktionierenden sozialen und kulturellen Systems in den lokalen Gemeinwesen;
- f) die Gewährleistung ausreichend großer, der Öffentlichkeit zugänglicher Flächen für Erholungszwecke und aus ästhetischen Gründen;
- g) die Erhaltung bzw. Förderung des Zusammenhalts der Gemeinwesen in Küstengebieten in Randlage;
- h) die bessere Koordinierung von landund meerseitigen Aktionen, die alle zuständigen Behörden zur Steuerung der Wechselwirkungen zwischen Meer und Land durchführen.

Diese strategischen Ansätze finden ihre nationale Umsetzung im Beschluss der Bundesregierung über eine nationale IKZM-Strategie.

Darin wird mit einer umfassenden Bestandsaufnahme der gegenwärtige Zustand der 2 389 km langen deutschen Küstenlinie in den Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie den Stadtstaaten Hamburg und Bremen beschrieben. Zugleich werden Perspektiven, Herausforderungen und Konflikte dargestellt. Sie betreffen ökonomische Aktivitäten genauso wie Fragen der wirtschaftsnahen Infrastruktur, des Verkehrs zu Wasser und an Land, der Gewinnung von Energie und Rohstoffen, des Küstenschutzes, der Verteidigung, der Siedlungsentwicklung und des Schutzes des Natur- und Kulturerbes.

Die Aufgaben und Herausforderungen aus den verschiedensten Politikbereichen, die in der IKZM-Strategie zusammengebunden werden, stellen dabei auch einen Beitrag zur Lissabon-Strategie dar, mit der die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt werden soll. Auf dieses Ziel, das durch die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung ergänzt wurde, sind alle übrigen Politikbereiche auszurichten. Die von der Bundesregierung vorgelegte IKZM-Strategie trägt diesen Anforderungen Rechnung, indem sie die Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt stellt, die die Küstenregionen sowohl ökologisch intakt als auch wirtschaftlich prosperierend erhalten und entwickeln will.

Dabei kommt dem Thema IKZM gerade unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen der Meerespolitik eine besondere Bedeutung zu. Entwicklungen auf dem Meer sind nicht zu trennen von Entwicklungen an der Küste. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, die Fortentwicklung des IKZM-Prozesses mit der Meerespolitik, z. B. der neuen EU-Meeresstrategie, dem Meeresschutz, den wirtschaftlichen Potentialen und der Risikovorsorge zu verbinden.

Zur konkreten Umsetzung der nationalen IKZM-Strategie gibt es bereits eine Reihe vielversprechender lokaler und regionaler Ansätze. Sie sind zum Beispiel in den IKZM-Pilotprojekten „Forschung für ein IKZM in der Odermündungsregion“ (Ostsee) und „IKZM an der Westküste Schleswig-Holsteins, Coastal Futures“ (Nordsee) entstanden. Die Entwicklung eines maritimen Clusters (Schleswig-Holsteins Initiative „Zukunft Meer“) stellt genauso einen Baustein regionaler IKZM-Aktivitäten dar wie das „Raumordnungskonzept für das Niedersächsische Küstenmeer (ROKK)“ und das Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit einem Kapitel „Integriertes Küstenzonenmanagement und Raumordnung im Küstenmeer“.

Auch auf internationaler Ebene sind bereits eine Reihe Erfolg versprechender IKZM-Aktivitäten zu verzeichnen. Dies gilt z. B. für Projekte im Ostseeraum oder im Bereich des Wattenmeeres für die lokale Initiative der Städte und Gemeinden auf den Inseln und Halligen im Wattenmeer (Euregio „Die Watten“) und insbesondere für das Trilaterale Wattenmeerforum (WSF), in dem Vertreter von Behörden und von Interessenorganisationen der lokalen und regionalen Ebene Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Wattenmeerregion erarbeitet haben, die wiederum im November 2005 Eingang in die Ministererklärung der Wattenmeerkooperation der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks gefunden haben.

II. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung,

1. den IKZM-Prozess fortzusetzen, die nationale Strategie praxistauglich zu machen und mit Leben zu erfüllen,
2. die weitere Entwicklung der IKZM-Strategie und deren Umsetzung mit allen anderen die Küstenregionen betreffenden Politikbereichen zu verzahnen,
3. IKZM als Instrument zu nutzen, damit die deutschen Küstengebiete einen Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele leisten,
4. in den IKZM-Prozess, der im Wesentlichen auf der lokalen, regionalen und Landesebene erfolgt, seitens des Bundes koordinierend und unterstützend mitzuwirken.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf europäischer Ebene, besonders im Rahmen des Ratsvorsitzes 2007, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die noch ausstehenden nationalen IKZM-Berichte zeitnah vorgelegt werden und gemeinsam mit dem Grünbuch über eine künftige Meerespolitik der EU und einer gemeinsamen europäischen Meeresschutzpolitik zusammengefasst werden,
2. das Thema des Klimawandels und des Anstieges des Meeresspiegels als einen wichtigen Baustein des weiteren IKZM-Prozesses zu betrachten und dabei Instrumente einer vorsorgenden Planung und eines nachhaltigen Küstenschutzes zu entwickeln,
3. die künftige Entwicklung des IKZM für alle beteiligten Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene so schlank wie möglich zu gestalten und das Potenzial von IKZM zum Bürokratieabbau durch frühzeitige Konflikterkennung und Vermeidung zu befördern
4. den freiwilligen und integrativen Ansatz des IKZM nicht aus den Augen zu verlieren und durch die Förderung informeller Koordinations- und Kommunikationsstrukturen zu unterstützen,
5. den ökologischen sowie den ökonomischen Aspekten der Entwicklung der Küstenbereiche gleichermaßen Bedeutung beizumessen,
6. dass in Bezug auf das weitere Verfahren und den Vorschlag neuer Maßnahmen von Seiten der Kommission die Maßgabe der Freiwilligkeit und der Entbürokratisierung fortbesteht.

Berlin, den 5. September 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion Dr. Peter Struck und Fraktion